

Appell nepalischer Nichtregierungsorganisationen an die Vereinten Nationen

Von Arjun Karki

Im Folgenden dokumentieren wir die Stellungnahme des Präsidenten des Dachverbands nepalischer Nichtregierungsorganisationen, Dr. Arjun Karki, anlässlich der 61. Jahrestagung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 14. März bis 22. April 2005 in Genf. Diese Rede wurde am 5. April 2005 zum Tagesordnungspunkt 11: „Zivile und politische Rechte“ vorgetragen. (Übersetzung: Thomas Döhne).

Herr Vorsitzender,

wir alle sind tief besorgt über die stattfindenden Verletzungen ziviler und politischer Rechte einschließlich willkürlicher Verhaftungen, Folter, außergerichtlicher Haft, Einschränkung der Freiheit der Meinungsäußerung und des Verbots politischer Aktivitäten in Nepal. Menschenrechtsorganisationen berichten, dass seit der Erklärung des Ausnahmezustands am 1. Februar 2005 die Zahl der Tötungen von sechs auf zehn pro Tag gestiegen ist. Mehr als 3.000 Menschen wurden verhaftet, 30 Journalisten und 45 Menschenrechtsverteidiger befinden sich in Haft.

Herr Vorsitzender,

zu den Opfern zählen ehemalige Minister und führende Parteipolitiker. Die Inhaftierten werden von den Behörden in Isolationshaft gehalten. Die Medien unterliegen strenger militärischer Überwachung. Nationale Mechanismen, die Freiheitsrechte und Rechtsstaatlichkeit garantieren sollen, sind paralysiert.

Das Sondergesetz zur Terrorismusbekämpfung (TADO) wird häufig zu illegalen Festnahmen und Haft, zum „Verschwinden“ von Menschen, zu Folter und außergerichtlichen Tötungen missbraucht. Das Gesetz erlaubt es den Behörden, eine Person auf Grundlage des bloßen Verdachts und ohne gerichtliche Anhörung zwölf Monate in Haft zu nehmen und auf diese Weise die Arbeitsmöglichkeiten von Menschenrechtsverteidigern, Anwälten und Journalisten einzuschränken.

Herr Vorsitzender,

auf keiner Ebene im Land – weder lokal, regional noch national – existieren demokratisch gewählte Strukturen und die führenden Politiker verfassungsgemäßer und demokratischer Parteien sind verhaftet worden und werden in Polizeigewahrsam oder unter Hausarrest gehalten. Die Erklärung eines unbegrenzten Ausnahmezustands ist nicht gerechtfertigt. Die Rechtsstaatlichkeit ist kollabiert.

Daher, Herr Vorsitzender, möchten wir die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen dringen bitten, einen Menschenrechtsbeauftragten (*Special Rapporteur*) für Nepal zu ernennen und einen Mechanismus zur internationalen Menschenrechtsüberwachung in Nepal einzurichten.

Wir fordern die Internationale Gemeinschaft außerdem auf, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die folgenden Rahmenbedingungen zu garantieren:

- Den Schutz aller Menschen von Nepal, insbesondere von führenden Politikern und Parteimitgliedern, Menschenrechtsverteidigern, Journalisten und Friedensaktivisten vor Drohungen, willkürlicher Verhaftungen, Isolationshaft, Folter, außergerichtlichen Tötungen und „Verschwindenlassen“.

- Ein Ende der Straflosigkeit, indem alle Vorwürfe über Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen humanitäres Recht unverzüglich und unparteiisch untersucht und die beschuldigten Straftäter nach geltenden internationalen Rechtsnormen vor Gericht gebracht und verurteilt werden.

- Die Schaffung eines politischen Umfelds, in dem Rechtsstaatlichkeit und anhaltender demokratischer Frieden wieder hergestellt und der Dialog und die Versöhnung zwischen den wichtigsten politischen Akteuren in Nepal gefördert wird.

Quelle: www.insn.org